

EU plant Verbot von Energieverträgen mit Russland - Was bedeutet das?

EU plant, Unternehmen den Abschluss neuer Energieverträge mit Russland zu verbieten, um Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu fördern.

EU, Europa - Die Europäische Union steht vor einer entscheidenden Wende in ihrer Energiestrategie. Die EU-Kommission erwägt die Einführung eines umfassenden Verbots für EU-Unternehmen, neue Verträge mit Russland im Bereich fossile Energie abzuschließen. Dies berichten mehrere Medien und unterstreichen die wachsende Dringlichkeit, die Abhängigkeit von russischen Energiequellen zu verringern. Ein entsprechender Plan soll bis zum 6. Mai vorgelegt werden, um die Nutzung von Energie aus Russland weiter zu reduzieren, während die EU aktuell 19 Prozent ihrer Erdgas- und Flüssigerdgaslieferungen (LNG) weiterhin aus Russland bezieht, trotz bereits bestehender Sanktionen.

Die Überlegungen der Kommission beinhalten auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, die es Unternehmen ermöglichen sollen, bestehende Erdgasverträge ohne Repressionen vonseiten der Regierungen zu kündigen. Ein Sprecher der Kommission blieb bei Fragen zu diesen Maßnahmen jedoch unentschlossen und lehnte eine Stellungnahme ab. Besonders interessant ist, dass mehrere Mitgliedstaaten in der Vergangenheit Maßnahmen blockiert haben, die ein vollständiges Embargo für russische Lieferungen vorgesehen hätten.

REPowerEU-Plan: Ein Weg in eine

unabhängige Energiezukunft

Ein zentraler Bestandteil der aktuellen EU-Politik ist der REPowerEU-Plan, der als Reaktion auf die Energiekrise im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt formuliert wurde. Die Kommission hat Investitionen von bis zu 300 Milliarden Euro angekündigt, um die europäische Energiestruktur grundlegend umzuwandeln. Davon sollen 72 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und 225 Milliarden Euro in Darlehen mobilisiert werden. Ein bedeutender Teil dieser Mittel, bis zu 10 Milliarden Euro, wird in den Ausbau fehlender Gas- und LNG-Verbindungen fließen.

Zusätzlich sind 2 Milliarden Euro für die Verbesserung der Erdölinfrastruktur eingeplant, mit dem Ziel, die Lieferung von russischem Öl zu stoppen. Der Plan soll auch die Klimakrise bekämpfen und sieht Maßnahmen wie Energieeinsparungen sowie die Diversifizierung der Energiequellen vor. Eine Umfrage zeigt, dass 85 Prozent der Europäer einer schnelleren Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zustimmen.

Zukünftige Strategien und Ziele

Ein weiteres zentrales Element des REPowerEU-Plans ist die Schaffung einer EU-Energieplattform, die gemeinsame Käufe von Gas, LNG und Wasserstoff ermöglichen soll. Zudem plant die Kommission, das verbindliche Energieeffizienzziel von 9 Prozent auf 13 Prozent zu erhöhen. Dies würde die Mitgliedstaaten dazu aufrufen, steuerliche Maßnahmen zur Förderung von Energieeinsparungen zu ergreifen und gleichzeitig die Entwicklung erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Die EU strebt außerdem an, bis 2030 eine inländische Produktion von 10 Millionen Tonnen erneuerbarem Wasserstoff zu erreichen. Für das Jahr 2030 gibt es das Ziel, dass 45 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Um diesen Übergang weiter zu unterstützen, sollen bis 2027

zusätzliche Investitionen in Höhe von 210 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Insgesamt steckt die EU also in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, der nicht nur die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren soll, sondern auch zur Stärkung der Energiesicherheit in der Region und darüber hinaus beiträgt. Diese Maßnahmen sind nicht nur eine Antwort auf die aktuelle Krisensituation, sondern sollen auch langfristige Vorteile für die europäische Wirtschaft und Umwelt bringen.

Für weitere Informationen zu den laufenden Entwicklungen und dem REPowerEU-Plan lesen Sie die Berichte auf **oe24** und **EU-Germany**.

Details	
Ort	EU, Europa
Quellen	• www.oe24.at • germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at